

Hongkong zur konstruktiven Kooperation zwischen China und dem Westen beitragen.

Nahezu gar nicht beeinflussen kann Hongkong die Entwicklungen in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen: Handelskriege zwischen China und den USA gehören zu den am meisten gefürchteten Szenarien unter der Hongkonger Unternehmerschaft. Die wirtschaftliche Integration im kantonesischen Wirtschaftsraum hat Hongkong hochgradig verwundbar gemacht gegenüber Handelsanktionen, die sich gegen China richten könnten. Dieser internationale Faktor ist jedoch der Einwirkung Hongkongs entzogen und allein von der Dynamik der amerikanisch-chinesischen Beziehungen abhängig.

## 7 Strategische Kalküle Beijings und Hongkongs Autonomie

Martin Lee, der prominente Führer der chinakritischen Opposition in Hongkong, stellte im September der Hongkong-Politik Beijings ein zufriedenstellendes Zeugnis aus. Das SVR-Grundgesetz biete zwar die Handhabe zu einer autoritären Regierungsausübung, bisher sei es dazu aber nicht gekommen: „We had a tyrant created by China, having all the draconian powers he needed. He has not used any yet. But there's no guarantee that he's not going to use it tomorrow... We can only say the dictator has been benign“.<sup>22</sup>

Mangels wirkungsvoller Sicherungen gegenüber einer willkürlichen Machtausübung Beijings sind es letztlich zwei Faktoren, die entscheidend dafür sind, daß China Hongkong politisch und wirtschaftlich nicht an die Wand drücken wird: erstens die zentrale Bedeutung Hongkongs für den chinesischen Modernisierungsprozeß (das ist die Fabel von der Gans, die goldene Eier legt und die man deshalb nicht einfach schlachtet) und zweitens das unveränderte Ziel Beijings, eine Wiedervereinigung mit Taiwan zu erreichen. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht Beijing ein attraktives und glaubwürdiges Modell der Vereinigung mit Hongkong.

Dies sind die übergeordneten strategischen Kalküle Beijings, die bisher eine wirkungsvolle Schranke für willkürliche Eingriffe in die Wirtschaft und Politik Hongkongs bilden (das gilt natürlich nur, solange die Beijinger Führung rational und einheitlich handeln kann). Beide Faktoren erscheinen viel wichtiger als die rechtlichen Verpflichtungen, die sich aus der britisch-chinesischen Gemeinsamen Erklärung von 1984 oder aus dem Grundgesetz für die SVR Hongkong ergeben.

Die bisherige Entwicklung in Hongkong nach dem Machtwechsel deutet darauf hin, daß sich die Spielregeln in der Hongkonger Wirtschaft und Politik schrittweise, aber durchgreifend ändern. Es handelt sich jedoch nicht um eine von Beijing verordnete Transformation, sondern um einen durch die Vertiefung der wechselseitigen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Integration ausgelösten, schleichenden Wandel. Dieser Wandel wird Hongkong und China einander ähnlicher machen als bisher, wobei die Bedrohung der Autonomie Hongkongs durch politische Eingriffe Beijings nie weichen wird.

Yu-Hsi Nieh

## Die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße nach der Rückgabe Hongkongs an China

### 1 Hongkongs Rolle für beide Seiten der Taiwan-Straße

Am 1. Juli d.J. wurde die Souveränität über Hongkong von Großbritannien an die VR China zurückgegeben. Unter der britischen Kolonialherrschaft diente Hongkong als eine politische Pufferzone zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland, die seit 1950 durch die Pattsituation vom Bürgerkrieg getrennt sind. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre begann eine gewisse Entspannung in der Taiwan-Straße, und beide Seiten bauten hauptsächlich über Hongkong eine Art von sogenannten „indirekten Verbindungen“ auf. Nun stellt sich die theoretische Frage, ob nach dem Machtwechsel in Hongkong bereits „direkte“ Verbindungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße bestehen.

Während Beijing seit Ende der 70er Jahre unermüdlich zur Aufnahme von „drei Verbindungen“ (Post, Handel und Verkehr) zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße drängt, hat dies die Regierung Taipei bislang abgelehnt. Im Hinblick auf die Rückgabe der britischen Kolonie an Beijing verabschiedete der Gesetzgebungsyuan (Parlament) in Taiwan am 18. März d.J. ein Gesetz zu Hongkong und Macau, wonach beide Territorien für Taiwan auch nach dem Machtwechsel weiter als Dritttorte gelten sollen<sup>1</sup> (die portugiesische Enklave wird am 20. Dezember 1999 an Beijing zurückgegeben). Als Sonderverwaltungszone (SVZ) der VR China darf Hongkong gemäß Art.10 der Sino-britischen Gemeinsamen Erklärung von 1984 und Art.151 des vom chinesischen Nationalen Volkskongreß 1990 verabschiedeten SVR-Grundgesetzes Wirtschafts- und Kulturbeziehungen mit anderen Staaten und Regionen unterhalten und entsprechende Verträge unterzeichnen. Allerdings erklärte am 22. Juni 1995 Qian Qichen, Vizepremier und Außenminister der Regierung Beijing,

<sup>22</sup> *South China Morning Post*, 6.9.1997.

<sup>1</sup> Ausführlich dazu siehe C.a., 1997/3, Ü 29.

der auch die Vorbereitungen der Rücknahme Hongkongs leitete, daß die Beziehungen zwischen Hongkong und Taiwan nach der Rückgabe Hongkongs ein Sonderbestandteil der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße seien. Sämtliche Angelegenheiten, die die staatliche Souveränität oder die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße anbetreffen, würden von der chinesischen Zentralregierung in Beijing geregelt oder von der SVR-Regierung Hongkong unter Anleitung Beijings behandelt. In den letzten beiden der von ihm vorgelegten sieben Punkte zu Richtlinien für die Regelung der Beziehungen zwischen der SVR Hongkong und Taiwan heißt es: Alle amtlichen Kontakte, Verhandlungen, Unterzeichnung von Vereinbarungen und Gründung von Organisationen zwischen den beiden Seiten müssen von Beijing oder vom Regierungschef der SVR in konkretem Auftrag Beijings genehmigt werden; die in Hongkong bestehenden Institutionen Taiwans dürfen nicht gegen das „Ein-China-Prinzip“ verstoßen und keine Aktivitäten ausüben, die die Stabilität und Prosperität Hongkongs beeinträchtigen oder der Eigenschaft ihrer registrierten Tätigkeit nicht entsprechen. Sonst sollen die Wirtschafts-, Kulturbeziehungen und Verkehrsverbindungen zwischen Hongkong und Taiwan nach den Punkten 1 bis 5 der Richtlinien aufrechterhalten und weiter entwickelt werden.<sup>2</sup>

Unter dem Einfluß Beijings dürfen die protaiwanesischen Organisationen in Hongkong in diesem Jahr zum erstenmal den 10. Oktober („Doppelzehn“) nicht mehr als Nationalfeiertag der Republik China (Taiwan), sondern statt dessen nur als den Jahrestag der Revolution von 1911 zum Umsturz der mandschurischen Dynastie feiern. In der Vergangenheit waren am Tag der „Doppelzehn“ in Hongkong viele Nationalflaggen der Republik China zu sehen, diesmal nur einige am Rand der Straßen, und sie wurden noch am gleichen Tag von der Polizei entfernt.<sup>3</sup> Ferner dürfen taiwanesishe Schiffe ab dem 1. Juli d.J. beim Ein- und Auslaufen in bzw. aus dem Hongkonger Hafen keine Nationalflagge der Republik China geißt haben.<sup>4</sup>

In der SVR-Regierung gibt es jetzt zwar ein Amt des Beraters für taiwanesishe Angelegenheiten, und die amtlichen Kontakte zwischen Taiwan und Hongkong sind damit auch erleichtert im Vergleich zur Zeit der britischen Kolonialregierung, doch liegen die Entscheidungen über die Taiwan-Politik Hongkongs nicht bei der SVR-Regierung, sondern bei der Zweigstelle der Presseagentur Xinhua in Hongkong, einem Organ der chinesischen Regierung. Auf der taiwanesischen Seite wurde die quasiämtliche Vertretung in Hongkong Chung Hwa Travel Service statt dem Außenministerium dem Komitee für die Angelegenheiten des Festlands (Mainland Affairs Council) der Regierung Taipei untergeordnet. Die Bürger Hongkongs gelten für Taiwan nicht mehr wie früher als „Überseechinesen“, sondern als Hongkongs Einwohner.<sup>5</sup> Politisch und rechtlich haben die Regierungen in Beijing und Taipei eine unterschiedliche Definition über den neuen Status von Hongkong. Für die Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße ist Hongkong also

durch den Machtwechsel von einer Puffer- zur „grauen Zone“ geworden.

## 2 Taiwans Ablehnung des Hongkong-Modells

In der Sino-britischen Gemeinsamen Erklärung von 1984 hatte Beijing zugesagt, daß es nach der Rücknahme Hongkongs dort kein sozialistisches System einführen, sondern das kapitalistische System und die bisherige Lebensweise Hongkongs 50 Jahre lang unverändert aufrechterhalten werde. Eigentlich hatte Beijing Taiwan zuerst das Modell „Ein Staat, zwei Systeme“ zur chinesischen Wiedervereinigung angeboten: In einer Botschaft an Taiwan zum Neujahr 1979 brachte der Nationale Volkskongreß von Beijing den Vorschlag einer friedlichen Vereinigung Chinas vor. In diesem Fall, so heißt es, werde Beijing den Status quo von Taiwan berücksichtigen, die Meinungen aller Gesellschaftskreise Taiwans respektieren, eine gerechte Politik betreiben und Maßnahmen ergreifen, damit die Bevölkerung von Taiwan nicht benachteiligt werde.<sup>6</sup> Am Vorabend des 32. Nationalfeiertages der VR China, am 30. September 1981, detaillierte der damalige Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses, Ye Jianying, in einem Interview für die amtliche chinesische Presseagentur Xinhua Beijings Plan für die Wiedervereinigung Chinas in neun Punkten. Laut Punkt 3 und 4 könne Taiwan als eine Sonderverwaltungsregion nach der Wiedervereinigung „weitestgehende Autonomie“ genießen und seine Streitkräfte behalten; Taiwans bestehende Gesellschafts-, Wirtschaftssystem, die Lebensweise sowie seine wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Ausland blieben unverändert. Ferner könnten Politiker Taiwans nach Punkt 5 „Funktionen in nationalen politischen Führungsorganen bekleiden und so an der Führung des Staates beteiligt“ sein.<sup>7</sup> Die Bedingungen für Taiwan seien, wie Beijing meint, noch günstiger als die für Hongkong, denn in Hongkong wurde nach der Wiedervereinigung eine Garnison der chinesischen Volksbefreiungsarmee stationiert, und in der politischen Führung Beijings gibt es keinen Politiker aus Hongkong.

Nach Hongkong wird Macau gemäß der Sino-portugiesischen Gemeinsamen Erklärung von 1987 in zwei Jahren, am 20. Dezember 1999, ebenfalls an China zurückgeben. Beijing drängt nun Taiwan zu Gesprächen über die Wiedervereinigung beider Seiten der Taiwan-Straße. Ministerpräsident Li Peng sagte am 1. Juli beim Empfang in Beijing anlässlich der Rücknahme von Hongkong: „Die Rückkehr Hongkongs kennzeichnet einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg der vollständigen Wiedervereinigung des Mutterlandes. Das wissenschaftliche Konzept 'Ein Land, zwei Systeme', das vom Genossen Deng Xiaoping ins Leben gerufen wurde, ist schließlich in Hongkong Wirklichkeit geworden. Die Vorbereitungen für die Rückkehr Macaus laufen systematisch an. Wenn der Leitsatz 'Ein Land, zwei Systeme' auf Hongkong und Macau anwendbar ist, dann sollte er auch auf Taiwan anwendbar sein. Gleich, wie viele Schwierigkeiten auf dem Weg zur vollständigen Wiedervereinigung unseres Mutterlan-

<sup>2</sup>C.a., 1995/6, Ü 33.

<sup>3</sup>SCMP, 11.10.97.

<sup>4</sup>C.a., 1997/5, Ü 26.

<sup>5</sup>LHB, 19.3.97.

<sup>6</sup>RMRB, 1.1.79.

<sup>7</sup>Text des Interviews in deutscher Übersetzung in BR, Nr.40, 1981, S.10f.

des liegen mögen, wir wollen sie verwirklichen.“<sup>8</sup> Staatspräsident Jiang Zemin appellierte am selben Tag auf einer Massenversammlung in Beijing aus dem gleichen Anlaß an Taiwan, praktische Schritte zur Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße und zur Verwirklichung der völligen Wiedervereinigung Chinas zu unternehmen.<sup>9</sup>

Beijings Aufforderungen und Angebote wurden von Taiwan umgehend abgelehnt. Auf einer internationalen Pressekonferenz in Taipei betonte Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui), Taiwan sei nicht Hongkong. Mit dem Hongkong-Modell die Trennung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu behandeln, sei ein Wunschdenken Beijings. Taiwan wolle keine formelle, sondern eine wirkliche Vereinigung von beiden Seiten der Taiwan-Straße, Hongkong und Macau unter den Prinzipien von „Demokratie, Freiheit und gerechtem Wohlstand“. Vor Erreichung dieses Zieles, sagte er, sollten die beiden Seiten der Taiwan-Straße als zwei voneinander getrennte „politische Gebilde“ international einen eigenen Spielraum haben und das von der Geschichte hinterlassene Problem mit vernünftiger und pragmatischer Einstellung friedlich lösen.<sup>10</sup>

In der Tat ist die Taiwan-Frage viel komplizierter als das Problem von Hongkong. Als britische Kolonie hatten die Einwohner Hongkongs keine eigene Regierung. Sie waren bei Verhandlungen zwischen Beijing und London über Hongkong so gut wie nicht vertreten. Außerdem ist das Territorium geopolitisch und wirtschaftlich vom chinesischen Festland stark abhängig. Dagegen besteht auf der Insel Taiwan, die durch eine 130-220 km breite Meeresstraße vom Festland getrennt ist, eine demokratische Regierung. Die Republik China wurde 38 Jahre vor der VR China gegründet - die alten Originalverträge zur Abtretung der Insel Hongkong (1842) und der Halbinsel Kowloon (1860) sowie der 99jährigen Verpachtung der New Territories (1898) in chinesischer Sprache liegen in Taipei, nicht in Beijing. Die Kuomintang (KMT)-Regierung der Republik China zog 1949 infolge der Niederlage im Bürgerkrieg mit den Kommunisten vom chinesischen Festland nach Taiwan um. Wenn sie das Hongkong-Modell akzeptieren würden, müßte sie eine Degradierung ihres Status als lokale Regierung der VR China unter der KPCh hinnehmen. Beijing betrachtet Taiwan stets als nichts anderes als eine abtrünnige Provinz Chinas. Offenbar nicht von ungefähr hat die Regierung Taipei am 18. Juli d.J., also kurz nach der Rücknahme Hongkongs durch Beijing, durch Verfassungsänderung beschlossen, die Provinz Taiwan „einzufrieren“.<sup>11</sup>

### 3 Baldige Wiederaufnahme der halbamtlichen Gespräche zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße?

Infolge des politischen Dissents gibt es bislang zwar formell keine offizielle Verbindung zwischen den Regierungen Taipei und Beijing, aber, zur Regelung der Angelegenheiten und Probleme hinsichtlich des stets steigenden

Personen- und Güterverkehrs beider Seiten - vor allem über Hongkong - wurden 1991 zwei halbamtliche Kontaktorgane, die SEF (Straits Exchange Foundation) von Taipei und die ARATS (Association for Relations Across the Taiwan-Straits) von Beijing, gegründet. Sie gelten juristisch als private Institute, werden allerdings jeweils von ihrer Regierung finanziert und sind beauftragt, bilaterale Gespräche zu führen. Bei ihrem ersten Treffen Ende April 1993 in Singapur hatten die Vorsitzenden der SEF und ARATS, Gu Zhenfu (Koo Chen-fu) und Wang Daohan, vier Vereinbarungen unterzeichnet.<sup>12</sup> Aus Protest gegen Li Denghuis Besuch seiner Alma mater, der Cornell-Universität in den USA im Juni 1995, suspendierte Beijing die Kontakte zwischen der SEF und der ARATS und unternahm eine Reihe von Kriegsmanövern in der Taiwan-Straße. Es warf Li vor, internationale Politik von „Zwei Chinas“ oder „Ein China, ein Taiwan“ zu betreiben. Um die Befürworter der Unabhängigkeit Taiwans einzuschüchtern, verstärkte Beijing bei den ersten direkten Präsidentschaftswahlen Taiwans im März 1996 die Drohgebärden mit Schießübungen von vier M-9 Boden-Boden-Raketen auf Zielgebiete unweit der zwei wichtigsten Seehäfen Taiwans, Jilong (Keelung) im Norden und Gaoxiong (Kaohsiung) im Süden der Insel. Angesichts der gespannten Lage schickten die USA, die sich gemäß des „Taiwan-Gesetzes“ von 1979 weiter um Taiwans Sicherheit kümmern, trotz der Beendigung des militärischen Bündnisses und des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan als Folge der Anerkennung der VR China, zwei Flugzeugträgerkampfeinheiten in die Region.

Erst nach den Wahlen flaute die militärische Krise in der Taiwan-Straße ab. Um die Beziehungen beider Seiten zu verbessern, lockerte Taiwan seine Einschränkungen beim Waren- und Kulturaustausch mit dem Festland und forderte zugleich Beijing auf, die Kontakte zwischen der SEF und ARATS wiederaufzunehmen. Beijing verlangte aber seinerseits von Taiwan, zunächst die internationalen Aktivitäten zur Anerkennung zweier chinesischer Regierungen und zur Rückkehr Taiwans in die UNO einzustellen. Daraufhin schränkte Taiwan die Investitionen auf dem Festland ein, mit einer Obergrenze für die einzelnen Unternehmen. Auf einer Managertagung in Taipei ermahnte Präsident Li Denghui am 14. September 1996 die Investoren, sich beim Engagement auf dem Festland nach der Devise „Eile mit Weile“ (*jieji yongren*) zu verhalten.<sup>13</sup>

Unmittelbar nach der Rücknahme Hongkongs, wie oben bereits erwähnt, signalisierte Beijing seine Bereitschaft, wieder mit Taiwan zu verhandeln. Staatspräsident und Parteichef Jiang Zemin ging am 12. Oktober in einer Grundsatzrede vor dem 15. Parteitag der KPCh ausführlicher auf das Thema ein. Er sagte: „Die reibungslose Rückkehr Hongkongs und die Aufrechterhaltung seiner Prosperität und Stabilität werden sicher vorteilhafte Voraussetzungen für die Lösung der Taiwan-Frage schaffen.“ Neben der wiederholten Aufforderung zur Aufnahme der oben bereits erwähnten drei direkten Verbindungen von Post, Handel und Verkehr sowie Verstärkung des

<sup>8</sup>BR, 22. Juli 1997, S.30f.

<sup>9</sup>Ebenda, S.36.

<sup>10</sup>ZYRB, 4.7.97.

<sup>11</sup>C.a., 1997/7, Ü 34 und S.671.

<sup>12</sup>Dazu siehe ebenda, 1993/4, Ü 37.

<sup>13</sup>LHB, 15.9.96.

Austausches in den Bereichen Wissenschaft, Technik und Kultur appellierte er an Taiwan, politisch zunächst unter dem „Ein-China-Prinzip“ über die offizielle Beendigung der Feindseligkeit beider Seiten der Taiwan-Straße zu verhandeln und eine Vereinbarung darüber zu treffen. „Auf dieser Grundlage verpflichten sich [beide Seiten] gemeinsam, die Souveränität und territoriale Integrität Chinas zu bewahren und die künftige Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu planen. Hoffentlich werden die Behörden Taiwans gewissenhaft auf unsere Vorschläge reagieren und möglichst schnell mit uns politische Verhandlungen führen. Unter dem Ein-China-Prinzip kann man alles besprechen.“

Gleichzeitig betonte er aber die Ablehnung von Separatismus, der Unabhängigkeit Taiwans, Schaffung von zwei Chinas oder „Einem China und Einem Taiwan“ sowie Einmischung ausländischer Kräfte in der Taiwan-Frage. „[Wir] wollen mit friedlichen Methoden die Vereinigung realisieren, können aber nicht versprechen, auf Gewaltanwendung zu verzichten. Dies richtet sich niemals gegen die Landsleute von Taiwan, sondern gegen die Einmischung ausländischer Kräfte in Sachen der Vereinigung Chinas und gegen das Komplott einer taiwanesischen Unabhängigkeit.“<sup>14</sup>

Zu Jiang Zemins Rede sagte Li Denghui am 16. September auf seiner Lateinamerikareise beim Frühstück mit den ihn begleitenden Journalisten, daß beide Seiten der Taiwan-Straße sofort verhandeln könnten, wenn die chinesischen Kommunisten die Republik China anerkennen und die Idee von Freiheit, Demokratie und gleichberechtigtem Wohlstand akzeptieren würden. Die chinesischen Kommunisten respektierten nur die Stärke, nicht die Schwäche (*chiying buchiruan*). Nur wenn die Republik selbst stark sei, dann habe sie eine Grundlage für die Einigung, sonst werde sie nur vom anderen geschluckt. Im spöttischen Ton sagte er: „Wie groß ist die KPCh? Wie groß [sie] auch sein mag, sie wird nicht größer als mein Vater sein! Man braucht [sie] nicht zu fürchten. [Sie] ist zwar groß, aber einfältig. Deshalb keine Angst!“ Weiter betonte er, daß er kraft seines Amtes mit aller Macht die „pragmatische Diplomatie“ (*wushi waijiao*) vorantreiben wolle, um die internationale Position der Republik China (Taiwan) wiederherstellen zu können.<sup>15</sup>

Taiwans Position ist im diplomatischen Kampf mit Beijing nach dem Machtwechsel in Hongkong allerdings weiter abgeschwächt. Zur Zeit wird die Republik China auf Taiwan von insgesamt nur noch 30 Ländern anerkannt. Beijing setzt diese unter Druck, ihre Chinapolitik zu ändern oder auf ihre konsularische Einrichtung in Hongkong zu verzichten. Südafrika hat bereits im November 1996 angekündigt, Ende d.J. die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abzubrechen und anschließend die VR China Anfang 1998 anzuerkennen. Auch die USA wollen ihre Beziehungen mit Beijing, die sich durch die Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 in der VR China verschlechtert hatten, nun verbessern. Bei Jiang Zemins Staatsbesuch in Washington beschlossen beide Seiten, in der internationalen Politik eine „kreative Strategiepартnerschaft“ zu errichten. Im Gemeinsamen

Kommuniqué betonte die chinesische Seite, daß die Taiwanfrage in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen die „wichtigste, empfindlichste Kernfrage“ darstelle. Sie sei ein Schlüsselfaktor für die „gesunde und stabile“ Entwicklung der Beziehungen zwischen China und den USA. Die US-Regierung bekräftigte ihrerseits die Festhaltung an der „Ein-China-Politik“. Einem Bericht der amtlichen chinesischen Presseagentur Xinhua zufolge hat Präsident Bill Clinton im Gespräch mit Jiang versichert, eine taiwanische Unabhängigkeit, Taiwans Eintritt in die UNO, die Befürwortung von „Zwei Chinas“ und „Ein China, ein Taiwan“ nicht zu unterstützen.<sup>16</sup> Auf der gemeinsamen Pressekonferenz nach dem Gipfelgespräch in Washington appellierte Clinton an beide Seiten der Taiwan-Straße, möglichst bald den konstruktiven Dialog wiederaufzunehmen.<sup>17</sup>

Die Amerikaner haben sowohl in Taiwan als auch in Hongkong und China große Wirtschaftsinteressen und möchten offensichtlich nicht in eine neue militärische Krise zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße verwickelt werden. So wird der genannte Appell von Clinton als eine Mahnung an Taiwan verstanden. Einer Zeitungsmeldung zufolge soll die Regierung Taipei der US-Seite vor dem USA-Besuch von Jiang die Bereitschaft signalisiert haben, noch im April 1998 vor dem voraussichtlichen Staatsbesuch von Clinton in der VR China die Gespräche mit Beijing wiederaufzunehmen.<sup>18</sup> Allerdings ist auch dann noch kein großer Durchbruch zu erwarten. Denn Taiwan besteht nach wie vor auf gleichberechtigte Verhandlungen zwischen zwei Regierungen. Dies will Beijing hingegen unter seinem „Ein-China-Prinzip“ nicht akzeptieren und bevorzugt Verhandlungen zwischen den politischen Parteien beider Seiten der Taiwan-Straße. Vorstellbar ist die Wiederaufnahme der o.g. unterbrochenen Verhandlungen zwischen den zwei halbamtlichen Organisationen SEF und ARATS. Sie dürfen in Zukunft im Auftrag der Regierungen beider Seiten nicht nur rein technische, sondern auch gewisse politische Angelegenheiten besprechen. Für die Verhandlung über eine Wiedervereinigung Chinas sind sie sicherlich nicht kompetent. Die Weichen für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße werden mutmaßlich erst Anfang des nächsten Jahrtausends gestellt. Ende 1999 kehrt Macau an China zurück, und im Frühjahr 2000 soll in Taiwan ein Nachfolger von Präsident Li Denghui gewählt werden. In drei oder vier Jahren wird man sehen, ob das Hongkong-Modell unter dem Prinzip „Ein Staat, zwei Systeme“ tatsächlich auf Dauer funktioniert.

<sup>14</sup>LHB, 13.9.97; DGB, 14.9.97; BR, 40/1997, S.32f.

<sup>15</sup>ZYRB, 17.9.97.

<sup>16</sup>DGB, 1.11.97.

<sup>17</sup>LHB, 31.10.97.

<sup>18</sup>LHB, 6.11.97.